



Elisabeth Motschmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

23.04.2020

Motschmann: „Kulturszene in Not- es geht um die Existenz“

„Die Corona-Hilfsprogramme der Bundesregierung kommen vielen Künstlerinnen und Künstlern zugute und haben vielfach bereits wichtige Soforthilfe geleistet. Die vorhandenen Programme sind gut und brauchen den internationalen Vergleich überhaupt nicht zu scheuen. 156 Milliarden Euro hat der Bund dafür in die Hand genommen, davon allein 10 Mrd. Euro für das Sozialschutzpaket. Künstlerinnen, Künstler und Kreative, die Kultur- und Kreativwirtschaft wurden bei deren Konzeption von Anfang an mitbedacht.

In der Krise wird uns deutlicher denn je vor Augen geführt, was wir an kulturellen Angeboten haben. Kultur ist nicht nur ein harter Standortfaktor, sondern in anderer Weise systemrelevant.

Aber es gibt noch Nachbesserungsbedarf für bestimmte Gruppen. Freischaffende Schauspieler, Musiker und Sänger wurden von der Krise am härtesten getroffen. Ein vollständiges Auftrittsverbot bedeutet einen hundertprozentigen Honorarausfall, auch für herausragende Künstler. Für diese ist der Fall sehr tief.

Daher werde ich für die betroffenen Künstlerinnen und Künstler mit Nachdruck kämpfen. Wir werden prüfen, ob wir die haushaltsrechtlichen Hürden, die die Zahlung von Ausfallhonoraren verhindern, befristet senken können. Ich fordere die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und die Kirchen auf, ihrerseits Ausfallhonorare zu zahlen. Die Rundfunkbeiträge und die Kirchensteuern wären dafür gut eingesetzt.

Wichtig ist, dass die Länder ihre Verantwortung für Kunst und Kultur wahrnehmen. Natürlich freuen wir uns über die schon vorhandenen Programme der einzelnen Bundesländer. Bayern zum Beispiel zahlt den Künstlern monatlich 1000 Euro für 3 Monate. Dieses Vorbild sollte Schule machen.

Aber als sehr misslich stellt sich der föderale Flickenteppich heraus, mit dem die Kreativen konfrontiert sind. Je nach Wohnort leistet das eigene Bundesland viel, wenig oder gar keine Unterstützung, die über die Bundeshilfen hinaus geht. Ich fordere die Kulturministerkonferenz auf, hier endlich zu annähernd einheitlichen Regelungen zu kommen.“

